



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

F.-: Zur Vertheidigung der böhmischen Stände gegen einen Artikel der  
"Allgem. Zeitung".

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Zur Vertheidigung der böhmischen Stände

gegen einen Artikel der „Allgem. Zeitung“ \*).

Aus Prag.

„Bewahre uns vor unsern Freunden; mit unsern Feinden wollen wir schon fertig werden!“ muß die österreichische Regierung nothwendig ausrufen, wenn sie den Aufsatz „aus Böhmen“ in No. 273 der Allg. Zeitung liest, und wird es derselben auch wenig Dank wissen, daß sie ihn im Gegensatz zu einem andern, vorhergehenden Tages in der Beilage gelieferten in ihr Hauptblatt aufnahm; denn jeder Vorurtheilsfreie muß ja nothwendig in dem völligen Umgehen der Frage, gegen die das Geschloß gerichtet sein soll, den Beweis finden, daß sich diese Frage höchst wahrscheinlich nicht so leicht zu Ungunsten der Stände beantworten läßt, ganz abgesehen davon, daß der verächtlich auf das Wissen der Stände herabsiehende Correspondent weder besseres Wissen zu Markte bringt, noch sich von unrichtigen Angaben freihält.

Das Einzige, worin wir mit dem Correspondenten vollkommen übereinstimmen, ist der Satz, daß Achtung nach Oben und Vertrauen nach Unten allein die Grundlage ständischer Wirksamkeit bilden könne. Und leider muß auch ferner zugegeben werden, daß die Stände Beides nicht in dem Maße besitzen, als es zu wünschen wäre. Doch gerade ihre neuerwachte Thätigkeit verfolgt kein anderes Ziel, als Beides im höhern Grade zu erringen, wie denn auch Niemand in Abrede stellen kann und wird, daß die wenigen Jahre ihrer Thätigkeit sie hierin vorwärts und nicht rückwärts schreiten ließen, daß man ihnen kein Botum, keine Handlung, so ungeübt die Kräfte auch waren, vorwerfen könne, welche die Achtung der Regierung verringert hätte, daß man ihrem Streben noch viel weniger unedle, engherzige Motive unterzulegen vermag, sondern vielmehr anerkennen müsse, daß Alles, was sie bisher geleistet, das Gepräge eines regen Pflichtgefühls und der lebhaftesten Theilnahme an dem Wohl und Beh\* aller Klassen der

\*) Diese Entgegnung wurde bereits vor 14 Tagen der Augsburger Allg. Zeitung zugesendet, und da sie bisher dort nicht erschien, so ersuchte uns der Herr Verfasser, ihn in unserem Blatte Raum zu geben. Wir bemerken dies für den Fall, daß mittlerweile die Allg. Zeitung die Entgegnung dennoch brächte. D. Red.

Landesbewohner trägt, was doch unmöglich geeignet sein kann, das Vertrauen im Lande zu schwächen. Aber freilich, Achtung und Vertrauen, die durch mehr als ein Jahrhundert von mehr als einer Seite verlöscht und niedergetreten wurden, können sich unmöglich in der kurzen Zeitperiode von einigen Jahren einer Körperschaft zuwenden, die noch überdies mit den modernen Constitutionsideen und der gesunkenen Achtung des Adels überhaupt zu kämpfen hat, geschweige denn, daß es Jedermann klar werde, welche Resultate heutzutage durch ständische Bestrebungen erreicht werden können und sollen, nämlich: den ständischen Rechten Anerkennung zu dem Ende zu erwirken, um sie sodann einem erweiterten Kreise in einer verbesserten Form auf regelmäßigem Wege, d. i. parlamentarischem Wege übertragen zu können. Denn offenbar kann sich auf diesem Wege bei den ganz veränderten Verhältnissen und der über die meisten Klassen verbreiteten Intelligenz allein das ständische Institut erhalten und regeneriren, wie denn hinwieder, wenn es fällt, heutzutage eine andere Form der Landesvertretung und schwerlich auf gleich ruhigem Wege sich aus seiner inneren Nothwendigkeit herausbilden muß. Oder sollte es wirklich gedenkbar sein, daß einige Theile Oesterreichs allein jedem politischen Recht entsagend bloß in dem durch die Bureaokratie gemäßigten Absolutismus ihr Heil erkennen sollten?

Die Anerkennung der ständischen verbrieften und beschworenen Gerechtsame anzustreben, war aber an und für sich nicht nur die erste Pflicht der Körperschaft, sobald sie sich ihrer Aufgabe wieder bewußt geworden, sondern von dem Augenblicke an, als die Regierung diese Gerechtsame zu schmälern und zu verneinen begann — wie solches in den letzten Jahren geschah — war dies noch überdem die Pflicht der Nothwehr, der nothgedrungene Kampf um Sein oder Nichtsein der erste Schritt, um die Achtung der Regierung zu erlangen. Denn diese Achtung setzt vor allem die Achtung der Gerechtsame voraus, auf welcher die Existenz der Körperschaft beruht. Die Stände haben mit Loyalität und Mäßigung gekämpft, sie haben für ihre Begehren Belege und Beweise beigebracht, von der Regierung aber bisher noch niemals es erlangen können, daß sie die Richtigkeit ihrer gegenseitigen Ansichten auch nur auf irgend eine Weise nachgewiesen hätte; wohl aber haben die Stände bei vielen Anlässen gezeigt, daß die Regierung von irrigen Voraussetzungen und Ansichten ausgegangen war, was sie sogar z. B. durch Zurücknahme eines allerhöchsten Mißfallens, durch stillschweigende Hinnahme der Weigerung einer auferlegten Zahlung, durch Veränderung eines verfassungswidrigen Amtstitels, durch Zurücknahme des Ansinuens mit dem oberstburggräflichen Güterfond zu disponiren u. a. m. anzuerkennen nicht umhin konnte.

Die Hauptfragen, über die bisher keine Einigung zu Stande kam, und über welche wir hofften von dem Correspondenten der Allg. Zeitung Licht zu erhalten, sind: A. die von der Regierung behauptete willkürliche Abänderbarkeit der Ver-

fassung, und B. die factisch negirte Gerechtsame der Steuerverwilligung und Vertheilung. In Betreff der erstern haben die Stände in einer eigenen Deduction nachgewiesen, daß ihre Gerechtsame ohne allen Vorbehalt seit Ferdinand II. von allen Regierungsnachfolgern einschlüssig des gegenwärtigen Regenten beschworen worden sind, und somit schon durch die Heiligkeit des Eides einer einseitigen Abänderung nicht fähig sein können. In Betreff der zweiten Frage beweisen die Einberufungs-Patente des Landtags, der Wortlaut der königl. Postulate, das Factum eines gestellten Verwilligungsbegehrens, welches sich alle Jahre wiederholt, so wie die nach jeder geschenehen Verwilligung erteilten Schadlosbriefe oder Reverse, daß die Stände das Steuerverwilligungsrecht besitzen und bis zur Stunde unangefochten ausgeübt haben, geschweige denn, daß die von jedem Regenten beschworene Privilegiums-Bestätigungsurkunde ausdrücklich erklärt, dem Lande keine andern Steuern auferlegen zu wollen, als was und wann die Stände verwilligen.

Auf diesem Terrain erwarten wir unsere Gegner und sind sehr begierig zu erfahren, mit welchen Mitteln sie uns hier aus dem Felde schlagen werden. — Und nun noch ein Wort über die Beschuldigung, daß die böhmischen Stände die von dem Correspondenten sogenannten lebendigen, praktischen Fragen theils gar nicht, theils aus wenig edeln Motiven behandelt haben. Die Aufzählung dessen, was hierin seit wenigen Jahren geschehen, wird die beste Antwort sein. Die Erweiterung und Reorganisirung des technischen Instituts, die Errichtung eines Quais in Prag mit einem Aufwand von 600,000 Gulden nebst einem Monument für Kaiser Franz, der Ankauf eines Gebäudes für das Landesmuseum mit 150,000 Gulden, eine Gabe für die Ueberschwemmten von 100,000 Gulden, die Restauration des Theaters mit 40,000 Gulden und einer jährlichen Dotation von beiläufig 15,000 Gulden, Beitrag zur Errichtung eines Monuments für Karl IV. 12,000 Gulden, Erhöhung der Dotation für den Historiographen, Anstellung eines Turnlehrers, zur Hebung der Linnenindustrie ein Capital von 20,000 Gulden und jährlichen Prämien von 600 Dukaten, nebst vielen kleineren Beträgen für wissenschaftliche und Wohlthätigkeitszwecke. Außerdem haben die Stände in dem denkwürdigen Landtag des Jahres 1846 die bestehende Ungleichheit in der Dominikal- und Rustikalsteuer mit einer höheren Belastung der ersteren von jährlichen 350,000 Gulden, nicht 150,000, wie der Correspondent sagt, und nicht aus Anlaß des Gegenaufrandes der Bauern in Galizien, sondern aus Anlaß der allerhöchsten Entschliesung vom 11. April, welche das Steuerverwilligungsrecht der Stände factisch zu beheben den Zweck hatte — votirt und dadurch erreicht, daß ihr Recht auf Abänderung der Steuervertheilung nach langer Zeit wieder in Ausübung kam. In Verhandlung befanden sich: die Erweiterung der Bubent'scher Parkanlagen, die Hebung der inländischen Pferdezuucht durch zweckmäßige Verwendung der bisherigen Pferdeprämien, die Regelung der Straßenbau-Concurrenz, die

Errichtung einer Ackerbauschule, die Entwerfung einer Gemeindeordnung. Bei der Regierung bisher vergeblich beantragt wurde die Errichtung einer Landeshypothekbank und einer Börse für Prag \*), die bessere Dotation der Schullehrer und Verbesserung des Schulwesens überhaupt, die Errichtung einer Feldpolizei, die gleichmäßige Vertheilung der Last der Militäreinquartierung und des Schülertransportes, die Abänderung der Verzehrungssteuergesetze; die Verbesserung im Grundbuchswesen und der Criminaljustizpflege, die Abschaffung der Lotterie mit ausdrücklicher Erklärung, daß zur Deckung des Ausfalls mit Bereitwilligkeit ein anderer Fond von den Ständen herbeigeschafft werden wird, die Milde rung der bestehenden Censurgesetze (also keineswegs Pressfreiheit, wie der Correspondent angibt) und noch manches Andere, welches wir, um nicht zu ermüden, übergehen.

Es ist demnach von dem, was der Correspondent als frommen Wunsch hin stellt, nicht nur Alles, sondern mehr als dies von den Ständen angeregt und so weit ihre Macht reichte, auch ausgeführt worden, etwa mit der Ausnahme, daß sie es nicht versucht haben, ihre Domestikalfondsrechnung zu veröffentlichen. Doch wie kann daran gedacht werden, da das Ansinnen der Einsichtsnahme dieser Rechnung Seitens der Stände ihnen das allerhöchste Mißfallen zuzog, und überhaupt gar nichts — selbst nicht das kaiserliche Einberufungspatent — was die Stände angeht, gedruckt werden darf. Und schlecht unterrichtet ist der Correspondent, wenn er nicht weiß, was der böhmische Adel nicht nur seit heute, sondern seit lange her als Privatmann für Kunst und Wissenschaft, für Humanitätszwecke jeder Art, insonderheit aber auf seinen Gütern thut und noch mehr thun würde, wenn die Regierung nicht hemmend dazwischen träte. So z. B. haben edle Männer an der Gründung eines Schullehrer-Seminars, wozu sie die reichen Mittel beisteuern wollten, gearbeitet; doch vergeblich! Regierung und Klerus waren dagegen.

Eine Statistik der Opfer, welche der Adel für Straßen, Schulen, Kirchen und Armenpflege dem Lande gebracht, würde zeigen, daß er es beinahe allein ist, welcher für diese Zwecke in Böhmen wirkt. Von der Regierung geschieht beinahe gar nichts; ja sie entzieht sich sogar dem, was sie durch ihre eigene Gesetze zu thun verpflichtet ist. So z. B. besteht ein Schulfond und ein Religionsfond, dessen Ueberschüsse alljährlich nach Wien wandern, während die von ihm zu leistenden Congrual-Ergänzungen oder neue Dotirungen für Schullehrer und Pfarrer nicht geleistet und dagegen die Privaten durch kreisämtliche Commissionen zur un freiwilligen Uebernahme sogenannter freiwilliger Beiträge durch alle ersinnlichen Mittel bestimmt werden, und wenn dies nicht gelingt, die Sache auf sich beruhen bleibt, wenn sie auch noch so dringend wäre.

\*) Ein Filiale der österreichischen Nationalbank wurde ebenfalls beantragt, jedoch als unausführbar abgewiesen, und acht Monate später aber auf Andringen des Gewerbevereins in's Leben gerufen.

Zur Abänderung der Patrimonialgerichtsbarkeit-Gebrechen, ja selbst zur Aufhebung dieser Gerichtsbarkeit böten Stände und Private gern die Hand, denn sie ist ihnen eine Last. Doch wie können sie es, so lange die Regierung mit ungleichem Maße mißt, so lange sie uns durch Kreisämter regiert, die zugleich Vormünder des Bauern und Richter zwischen ihm und dem Gutsherren und noch überdies Polizei-Schulaufsichts-Behörde und Vertreter der Regierungsinteressen sein sollen, dadurch aber bei dem redlichsten Willen in fortwährende Conflicte mit ihren Pflichten gerathen. Wie kann man von Privaten fordern, daß sie der Regierung vertrauen, nachdem selbst die Stände, die beschworenen Gerechtfame des Landes von der Regierung mißachtet werden?

Doch genug, wir fürchten ohnedem, daß dieser Aufsatz für ein größeres Journal zu lang geworden, und verzichten gerne darauf, den Correspondenten vollständiger zu widerlegen. Auch zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß es ganz unschwer ist, wenn man den „Schwung“ hindern wird, den völligen „Bruch“ mit geringer Anstrengung zu Wege zu bringen; denn das ständische Institut, dem man bisher kaum ein Scheinleben zugestand, ist ganz leicht vernichtet. Nur fragt es sich: was dann? —

Hinsichtlich der abgelehnten 50 — nicht 53,000 Gulden verweisen wir übrigens auf die ausführliche Erörterung dieses Gegenstandes in den Grenzboten, die aus guter Quelle geschöpft haben.

S. —